



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Schleswig-Holstein Land für Kinder - Zukunftsoffensive Familienförderung

Drucksache 15/1857

Der Landtag wolle beschließen:

ENTSCHLIEßUNGSANTRAG Schleswig-Holstein: Land für Kinder – Zukunftsoffensive Familienförderung

1. Eine kinderfreundliche Gesellschaft für die erste Generation des 21. Jahrhunderts

Die Bundesrepublik Deutschland muss kinderfreundlicher werden. Dazu bedarf es einer grundsätzlichen Neubewertung des Verhältnisses der Gesellschaft zu ihren Kindern. Kindern brauchen nicht nur Eltern und Familien, sondern die Unterstützung des ganzen Gemeinwesens.

In diesem Sinne ist auch das Land Schleswig-Holstein aufgefordert dazu beizutragen, dass sich in der Gesellschaft eine kinderfreundliche Kultur entfaltet. Ein bewusstes Leben mit Kindern trägt zu mehr Lebensqualität für alle bei. Lebensqualität heißt nachhaltig wirtschaften: Zu einer nachhaltigen Gesellschaft gehört nicht nur die Schonung ökologischer Ressourcen, sondern auch, dass in die Lebensbedingungen unserer Kinder investiert wird, denn ohne Kinder hat unser Land keine Zukunft.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahren dazu viel beigetragen, dass unser Land kinderfreundlicher geworden ist. Die Demokratiekampagne hat immer mehr Kinder und Jugendliche ermutigt, sich aktiv an

der Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu beteiligen, Betreuungseinrichtungen wurden ausgebaut; durch das Bündnis für Ausbildung gibt es für alle Jugendlichen eine Perspektive für den Berufseinstieg.

In Schleswig-Holstein wird von der Landesregierung betont, dass hier jedes Kind gleichberechtigt seinen Platz hat. Dieses wird auch im vorgelegten Familienbericht der Landesregierung durch die Kernaussage deutlich, dass nicht die Ehe selbst, sondern das Leben mit Kindern Familie ist, egal ob in klassischen Ehen, in unverheirateten Partnerschaften oder in Ein-Eltern-Familien.

2. Familienförderung - auf die Kinder kommt es an

Eine moderne Gesellschaftspolitik muss die Grundlagen für die zukünftige Generation unabhängig von Nationalität, von kultureller oder religiöser Herkunft oder von der Familienstruktur schaffen. Deshalb muss eine Familienförderung alle Strukturen unterstützen, in denen Kinder leben, aufwachsen und betreut und erzogen werden.

Vorschläge wie die eines Familiengeldes sind zu einfach gedacht, in ihrer Tendenz rückschrittlich und keinesfalls zukunftsweisend. Sie setzen an der falschen Stelle an. Frauen sollen wieder mit einer „Zuhause-Bleib-Prämie„ abgefunden werden. Reale gesellschaftliche Veränderungen werden hierdurch negiert. Sie sind darüber hinaus unrealistisch und unsozial. Zirka 20 Mrd. Euro jährliche Kosten für ein Familiengeld entbehren jeder soliden Gegenfinanzierung. Allein auf ein besseres Wirtschaftswachstum zu hoffen wird den Anforderungen einer modernen Gesellschaft nicht gerecht.

Deshalb fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, auf folgende drei Bausteine der Familienförderung zu setzen:

- Ausbau der Kinderbetreuung – auch an Schulen
- Einführung einer bundesweiten Grundsicherung für Kinder
- und zur Finanzierung eine Reform des Ehegattensplittings

Der Schleswig-Holsteinische Landtag kritisiert, dass unter der Regierung Kohl Kinder in einem der reichsten Länder der Erde zum Armutsrisiko Nr.1 geworden sind. Deshalb begrüßt er die erfolgreichen Anstrengungen der rot-grünen Bundesregierung, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

(Seit 1998 wurde die Zukunftsperspektive für Familien, für Kinder und Jugendliche durch folgende Maßnahmen verbessert:

Das Kindergeld wurde in drei Schritten von 112 Euro auf 154 Euro im Monat erhöht.

Es gibt einen neuen Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung über 2.160 Euro. Für volljährige Kinder in Ausbildung, die auswärts untergebracht sind, gibt es zusätzlich 924 Euro. Der allgemeine Kinderfreibetrag wurde um 114 auf 3.648 Euro angehoben.

Erwerbsbedingte Betreuungskosten sind jetzt steuerlich abzugsfähig. Betreuungskosten, die den Betrag von 1.548 Euro übersteigen, können bis zu einer Höhe von 1.500 Euro steuerlich geltend gemacht werden. Das größte Steuerreformpaket in der Geschichte der Bundesrepublik entlastet in erster Linie Arbeitnehmer und Familien. Gemessen an 1998 werden die privaten Haushalte 2005 jährlich insgesamt 41 Mrd. mehr zur Verfügung haben. Bereits heute zahlt ein Ehepaar mit zwei Kindern erst ab einem Bruttoeinkommen von über 34.000 Euro faktisch Einkommenssteuer. Die Rentenreform verbessert die Absicherung für die Frauen, die wegen der Kindererziehung einige Jahre nicht oder Teilzeit gearbeitet haben. Deutliche Entlastung für Familien bringt die Reform des Wohngeldes. 400.000 Haushalte haben nun zusätzlich Anspruch darauf. Durch die Anhebung der Einkommensgrenzen haben mehr Familien Anspruch auf Erziehungsgeld. Eltern können entscheiden zwischen 307 Euro monatlich über zwei Jahre oder 460 Euro über ein Jahr. Durch die Reformierung des BAföG beziehen mehr SchülerInnen und StudentInnen Unterstützung – der Förderbetrag wurde auf 585 Euro erhöht. Das Kindesunterhaltsrecht wurde zugunsten des erziehenden Elternteils verbessert. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurde mit dem Sofortprogramm JUMP für mehr als 300.000 junge Menschen eine neue Chance und damit eine Lebensperspektive geschaffen.

Dies ist eine familienpolitische Bilanz, wie sie in noch keiner Legislaturperiode zuvor gezogen werden konnte. Doch es gilt, den begonnenen Weg entschlossen weiterzugehen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet von der Bundesregierung, dass auch zukünftig Familien als zentraler Ort des Aufwachsens von Kindern konsequent weiter gefördert werden.

Es fehlt an qualitativ hochwertigen Betreuungsmöglichkeiten für die unter drei-jährigen und über sechs-jährigen, an einer Bildungsoffensive schon in der Kindertagesstätte, an familiengerechten Öffnungszeiten der Kinderbetreuungsangebote und an Ganztagsangeboten im Kindergarten- und Schulbereich. Auch sind viele Betreuungsangebote inzwischen so teuer, dass Eltern ihren Kindern aus finanziellen Gründen dieses soziale Lernangebot nicht ermöglichen. Ein reicher Staat muss aber so wirtschaften, dass er seinen Kindern möglichst flächendeckend und kostenlos gute Angebote machen kann. Ein guter Einstieg wäre ein kostenloses Vorschuljahr für alle Kinder in der Kindertagesstätte.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, auch weiterhin die Qualität in den Kindertagesstätten durch landesweite pädagogische Standards zu sichern und bei der Umsetzung der Konsequenzen aus der PISA-Studie darauf zu achten, dass der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten gestärkt wird. Dazu muss vor allem auf die unterschiedlichen Bedingungen der Kinder eingegangen werden um unter anderem soziale und sprachliche Defizite abzubauen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich zukünftig an den Kosten von Bildung und Erziehung beteiligt. Dazu wird allerdings ein einmaliger Investitionszuschuss – wie vom Kanzler versprochen – nicht ausreichen. Ländern und Kommunen müssen gerade nach den hohen Ausfällen durch die Steuerreform im Rahmen einer tiefgreifenden Finanzreform (Kommunen – Länder – Bund) ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit das Bildungs- und Betreuungsangebot in den Bundesländern qualitativ und quantitativ verbessert werden kann.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet von der Bundesregierung, dass zur weiteren Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zukünftig Betreuungskosten ab dem ersten Euro steuerlich abzugsfähig sind und dass der besondere Bedarf von Alleinerziehenden verfassungskonform im Steuerrecht berücksichtigt wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir nur fördern können, indem der Staat auf die Bedürfnisse berufstätiger und allein erziehender Eltern eingeht. Die rot-grüne Bundesregierung hat dazu sowohl mit der Neuregelung des Erziehungsurlaubs als auch mit dem Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit beigetragen.

Zu einer aktiven Familienförderung gehört auch die Integration von Familien mit Migrationshintergrund. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt deshalb die gezielten Maßnahmen, welche im Integrationsbericht der Landesregierung angekündigt wurden. Ein Schwerpunkt der Integration muss eine vertiefende Weiterbildung für Erzieherinnen und LehrerInnen zum sozialen Lernen, zum Sprachverständnis und zur interkulturellen Kommunikationsfähigkeit sein.

Schleswig-Holstein beteiligt sich im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten mit einem Volumen von rund 50 Mill. Euro pro Jahr an den laufenden Kosten der Kindertagesstätten. Gab es unter der CDU-Regierung in Schleswig-Holstein noch keine Landesmittel für die Kindertagesstätten, so stellt das Land heute jährlich über 50 Mio. Euro für dieses Angebot zur Verfügung.

Die notwendige Reform des Ehegattensplittings, welche nicht mehr den Trauschein, sondern das Leben mit Kindern fördert, muss neben einer verbesserten Betreuungsstruktur auch kann das notwendige Finanzierungsvolumen für ein Kindergrundsicherung erbringen. Die Kindergrundsicherung würde insgesamt nahezu fünf Millionen Kindern und deren Eltern zugute kommen, die kein oder nur ein geringes eigenes Einkommen haben. Insgesamt hätten über 30 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren Anspruch auf Mittel der Kindergrundsicherung.

3. Kinder haben Rechte – Kinderfreundlichkeit im Alltag ist Werteerziehung

Es ist für die 1. Generation des 21. Jahrhunderts entscheidend, dass der Aufbruch in eine kinderfreundliche Gesellschaft gelingt und dass die Diskussion um Werte nicht nur die klassische Kleinfamilie umfasst, sondern auch die Frage nach globaler

Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft. Nur wenn wir glaubhaft machen können, dass sich unsere Gesellschaft für eine friedliche Welt engagiert können wir auch unsere Kinder zu friedlichen Menschen erziehen.

Kinderfreundlichkeit im Alltag ist Werteerziehung. Kinder haben das Recht, heute und morgen in einer intakten Umwelt aufwachsen zu können. Dazu gehört der Klimaschutz ebenso wie die Orientierung von Schadstoffwerten an den Belangen von Kindern, die Ursachenforschung über Erkrankungen von Kindern durch Umweltgifte ebenso wie Spielstrassen und Tempo 30 in Wohngebieten. Wir wollen ein Land, in dem Kinder Freiräume zum Spielen, Lärmen und Toben haben, ohne dass die Eltern Klagen wegen Lärmbelästigung fürchten müssen.

Wir fordern die Schleswig-Holsteinische Landesregierung auf, auch weiterhin ihr Engagement für eine gesunde Umwelt in unserem Land beizubehalten und im Bundesrat dazu beizutragen, dass Gesetze in diesem Sinne kinderfreundlich gestaltet werden. Außerdem fordern wir die Landesregierung dazu auf, alles im finanziellen Rahmen mögliche zu tun, um Umweltbildung als Schwerpunkt der Umweltpolitik in Schleswig-Holstein auszubauen.

Zu einer Welt mit Rechten für Kinder und Jugendliche gehört aber auch die Mitbestimmung. Deshalb begrüßt der Schleswig-Holsteinische Landtag, dass die Landesregierung mit ihrer Demokratiekampagne bundesweit einen Meilenstein gesetzt hat, indem sie die aktive Mitgestaltung von Kindern und Jugendlichen durch das Kommunalverfassungsgesetz und durch viele andere Aktivitäten fördert. Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich dafür aus, dass die Gemeinden zukünftig noch verbindlicher dazu verpflichtet werden sollen, Kinder und Jugendliche bei Planungen in ihrer Gemeinde zu beteiligen. Den Wert einer Demokratie lernen Kinder am besten schätzen, wenn sie im Rahmen demokratischer Beteiligungsstrukturen Vorteile und Möglichkeiten selbst erfahren.

Kinder haben vor allem aber das Recht auf eine Kindheit und Jugend ohne Gewalt. Deshalb begrüßt der Schleswig-Holsteinische Landtag, dass die gewaltfreie Kindererziehung im Bürgerlichen Gesetzbuch zum Leitfadenerhoben worden ist und dass es nun Eltern verboten ist, ihre Kinder zu schlagen. Auch durch das Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes vor häuslicher Gewalt wurde die Position von Kindern – die meist Opfer sind – gestärkt. Sie können in ihrer Wohnung bleiben. Durch diese Maßnahmen hat die Bundesregierung zu einer real erfahrbaren Wertevermittlung beigetragen.

Weitere Schritte zu weniger Gewalt in der Erziehung sind die von Bund und Ländern geplanten Änderungen des Waffengesetzes und des Jugendschutzgesetzes. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, im Bundesrat und durch Landesgesetzgebung dazu beizutragen, dass das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung konsequent weiterentwickelt wird und dass der Schutz von Kindern vor Gewalt in den Medien deutlich verbessert wird.

Wenn wir unseren Kindern verstärkt Werte vermitteln wollen muss die Gesellschaft ihre Werte neu definieren und ihre weltweite Gültigkeit erklären. In einer Welt mit vielen kriegerischen Auseinandersetzungen, mit Kinderarmut und hoher Kindersterblichkeit,

mit Umweltverbrauch und -Zerstörung in unverantwortlicher Dimension und mit einer Wirtschaft, die auf den Konsumrausch unserer Kinder setzt und Konsum als „Wert an sich“, propagiert ist es schwer, Maßstäbe für menschliches Leben und Zusammenleben zu bewahren und zu entwickeln.

Der Schleswig -Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung gerade deshalb dazu auf, durch eine zeitgemäße Bildungs- und Familienpolitik dazu beizutragen, dass vor allem Kinder nicht im Konsumrausch und in Maßlosigkeit versinken sondern lernen, sich in unserer Welt zurechtzufinden und Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Verantwortung für sich, für ihre Mitmenschen und für ihre Umwelt zu übernehmen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erkennt an, dass die Landesregierung vor allem durch ihr Engagement für eine Kultur der Vielfalt und der Akzeptanz für jeden Mitbürger/ für jede Mitbürgerin in unserer Gesellschaft dazu beigetragen hat, dass Schleswig-Holstein ein liberales und weltoffenen Land ist. Dies ist ein wichtiger Baustein für die Zukunft unserer Kinder.

Monika Heinold
und Fraktion